

# Galwerc Zeitung

HEIMATAUSGABE FÜR STADT UND LAND

DONNERSTAG, 4. JANUAR 1951

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

7. JAHRGANG / NR. 2

## Konzentrischer Angriff auf Seoul

Kommunisten bis zu den Vororten der südkoreanischen Hauptstadt vorgestoßen / Leitet Schukow die Operationen?

SEOUL. Die kommunistischen Streitkräfte stießen am Mittwoch längs der drei Hauptstraßen von Norden, Nordosten und Nordwesten im konzentrischen Angriff gegen die südkoreanische Hauptstadt Seoul vor. Im Norden sind die Kommunisten bereits bis auf 12 km an die Stadt herangekommen. Vorhuten einer chinesischen Streitkraft in Stärke von etwa 10 000 Mann haben die Vorposten der UN-Truppen überrannt. Nördlich von Seoul sind die Kommunisten in breiter Front bei Uijongbu durchgebrochen. Die UN-Streitkräfte zogen sich aus Uijongbu zurück, gefolgt von rotchinesischen Panzerkolonnen, die zum Teil bis fast an die Vororte von Seoul vorstießen.

Am Mittwochmittag haben kommunistische Panzergruppen den zweiten Verteidigungsring der UN-Truppen um Seoul gebrochen und befinden sich nun in schnellem Vormarsch auf die Stadt selbst, die ziemlich verlassen daliegt, da die meisten Bewohner sich bereits vor Tagen evakuiert haben.

Die südkoreanische Regierung hat am Dienstagabend und am Mittwochmorgen Seoul verlassen.

Der südkoreanische Staatspräsident Syngman Rhee und andere Mitglieder der Regierung sind am Mittwoch in der neuen provisorischen Hauptstadt Südkorea, der Hafenstadt Pusan eingetroffen.

Über 300 000 Rotchinesen und Nordkoreaner stehen jetzt in der vordersten Linie im Einsatz.

Der nordkoreanische Ministerpräsident und Oberkommandierende Kim Il-sung erklärte in seiner Neujahrsbotschaft, die am Mittwoch von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass verbreitet wurde, die gegenwärtige Offensive in Korea werde bis zur endgültigen „Befreiung“ weitergehen.

Nach Meldungen aus Tokio ist dem amerikanischen Abwehrdienst bekannt geworden, daß die kommunistische Offensive in Korea von einem gemeinsamen sowjetisch-chinesischen Hauptquartier in Mukden (Mandschurei) aus geleitet wird. Chef des Generalstabs sei der sowjetische Marschall Schukow, sein Stellvertreter der Kommandeur der vierten chinesischen Feldarmee, General Lin Piao. Marschall Schukow gilt als der befähigste sowjetische Heerführer und Stratege des zweiten Weltkrieges, der an der Aufrollung der deutschen Ostfront entscheidenden Anteil hatte. Im November 1945 war er von Mar-

schal Konnew als sowjetischer militärischer Oberbefehlshaber abgelöst worden.

Meldungen aus Kalkutta besagen, daß gleichzeitig mit dem Eingreifen rotchinesischer Truppen in den Koreakrieg eine umfangreiche Generalreinigung der kommunistischen Partei Chinas nach sowjetischem Vorbild gestartet wurde, durch die die Zahl der Parteimitglieder von etwa 6 auf etwa 3 Millionen vermindert werden soll.

Der politische Ausschuß der UN-Vollversammlung trat am Mittwoch in New York zu einer Sitzung zusammen, um über von den Westmächten vorgeschlagene scharfe Maßnah-

men gegen das kommunistische China wegen Fortsetzung des Vorstoßes auf koreanischem Gebiet südlich des 38. Breitengrades zu debattieren.

## Umsirrtene Intervention

SAIGON. Nach Angaben von vietnamesischer Seite sind rotchinesische Truppen in die indochinesischen Grenzfestungen Langson und Cao bang, die von den französischen Verteidigern vor zwei Monaten aufgegeben wurden, eingerückt. Im Gegensatz hierzu liegen, nach Meldungen aus Paris, der französischen Regierung bisher noch keine Informationen über ein rotchinesisches Eingreifen vor.

Der französische Oberbefehlshaber in Indochina und Hohe Kommissar, General De Latre de Tassigny, gab in Hanoi bekannt, er habe die Evakuierung französischer Familien aus dem von den Vietnambesetzern bedrohten Brückenkopf im Tonkin-Delta einstellen lassen.

## Moskau gibt Antwortnote bekannt

Washington rechnet mit weiteren Dreierberatungen

MOSKAU. Die Sowjetunion gab am Dienstagabend über Radio Moskau den Wortlaut ihrer Antwort auf die drei gleichlautenden Noten, in denen die Westmächte die Abhaltung einer Vorkonferenz für die von der Sowjetunion vorgeschlagenen Viermächte-Besprechungen anregen. Die UdSSR erklärt sich in ihren Antwortnoten mit der Abhaltung einer solchen Vorkonferenz unter der Voraussetzung einverstanden, daß nicht New York, sondern Moskau, Paris oder London als Tagungsort ausgewählt wird, „da dies für die meisten Teilnehmer bequemer wäre“.

Wörtlich heißt es in der Note: „Die Sowjetunion ist zwar weiterhin der Auffassung, daß die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands für die Sicherung des internationalen Friedens und die Garantie der Sicherheit vorrangig ist, da dieses Problem die Lebens-

interessen der europäischen Völker, vor allem der Opfer vorheriger Aggressionen berührt. Die Sowjetunion ist aber geneigt, auch andere mit Deutschland im Zusammenhang stehende Probleme zu erörtern, die im Einklang mit den sowjetischen Vorschlägen vom 3. November und den Prager Erklärungen der acht Regierungen stehen.“

Die Einwendung der Westmächte gegen die Prager Erklärung, diese könne nicht als Grundlage für eine positive Lösung des Deutschlandproblems dienen, würden in der sowjetischen Note als „ohne Substanz“ bezeichnet. Zur Frage der Abhaltung allgemeiner Wahlen in Deutschland kommt zum Ausdruck: „Diese Frage ist zwischen den Regierungen der vier Mächte bereits erörtert worden und die Einstellung der sowjetischen Regierung in dieser Angelegenheit ist wohl bekannt.“

Die Versuche, die westdeutsche Wiederaufrüstung durch Anspielungen auf die Notwendigkeit verstärkter Sicherheit für die USA, Großbritannien, Frankreich und anderer europäischer Staaten zu tarnen, seien offensichtlich unbegründet, „da niemand diese Staaten bedroht hat oder noch bedroht“.

In bezug auf eine deutsche Remilitarisierung heißt es dann weiter: „Es bedarf keines Beweises, daß solche Aktionen im offenbaren Widerspruch zu den Verpflichtungen stehen, die die drei Westmächte hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands übernommen haben. Solche Schritte müssen zwangsläufig zu ersten Schwierigkeiten bei der Lösung aller Probleme führen, die vom Außenministerrat zu erörtern sind, dessen Zusammentreten aus irgend welchen Gründen verzögert wird.“

Nach Meldungen aus Washington rechnet man dort damit, daß die drei Westmächte in Kürze über eine Antwort auf die sowjetische Note zur Vorkonferenz beraten werden. In London hält man vor der Aufnahme der Besprechungen noch wesentliche Klarstellungen für notwendig. In Paris ist man in bezug auf die sowjetische Antwort wesentlich optimistischer als in Moskau und in London.

## Adenauer für „Gespräche am Kamin“

Verhandlungen über deutschen Verteidigungsbeitrag werden fortgeführt

BONN. Die Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik über die Wiederbewaffnung Deutschlands werden trotz der sowjetischen Antwortnote fortgesetzt, erklärte ein maßgebender alliierter Beamter am Dienstagabend.

Die Erklärung wurde nach der etwa 5 1/2-stündigen Unterredung zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Hohen Kommissar abgegeben. Wie aus zuverlässigen Quellen verlautet, hat Dr. Adenauer McCloy gegenüber geäußert, er ziehe zu Beginn der deutsch-alliierten Verhandlungen „Gespräche am Kamin“ offiziellen „Konferenzen am runden Tisch“ vor. Die Verhandlungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag werden vermutlich mehrere Wochen andauern, ebenso die Lösung der Frage, in welcher Form Deutschland größere politische Freiheiten erhalten soll.

Bei der Erörterung allgemeiner politischer Probleme soll Dr. Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar mitgeteilt haben, daß er seine Antwort auf den Grotewohl-Brief fast fertiggestellt habe. In Bonner politischen Kreisen wird in diesem Zusammenhang erklärt, als Antwort auf den Grotewohl-Brief sei die Übersendung eines Weißbuches wahrscheinlich, das die westdeutsche Haltung zur Frage der deutschen Einheit darlegen soll. Ferner soll bei der Aussprache der beiden Staatsmänner die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden und das künftige Schicksal der Ruhrindustrie im Rahmen des Schumanplans besprochen worden sein.

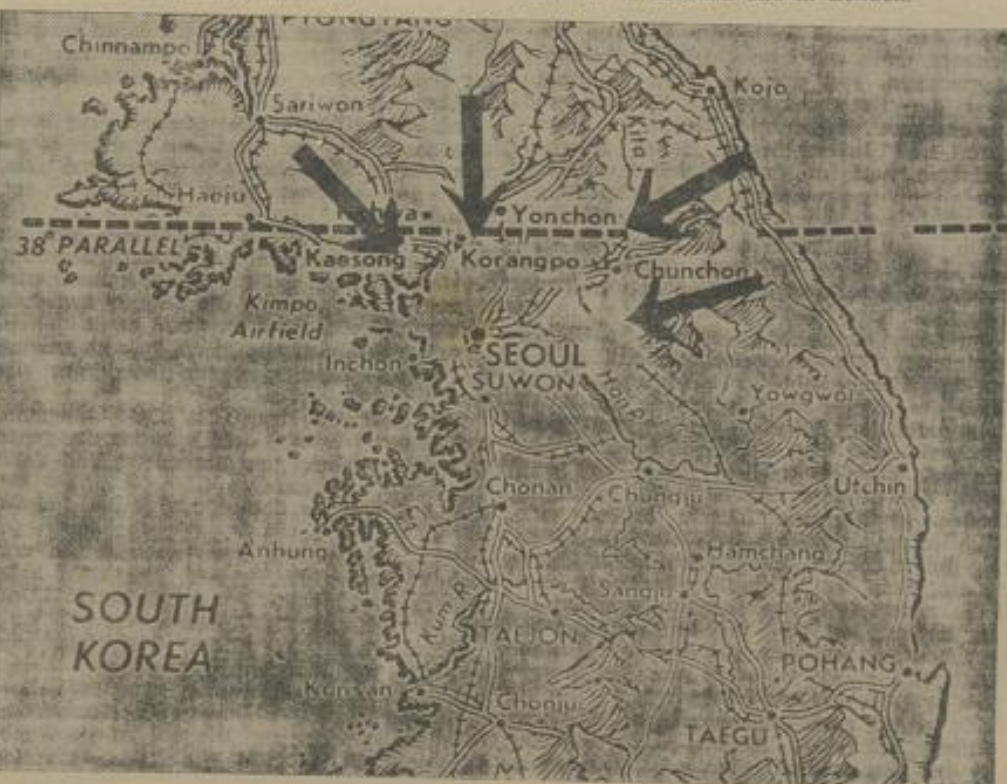
Die deutsch-französische Versöhnung sei die

## Vermehrte Rüstungsaufgaben

Erste Sitzung des 82. USA-Kongresses

WASHINGTON. Der im vergangenen November gewählte 82. USA-Kongreß ist am Mittwoch erstmalig zusammengetreten. Die Hauptaufgaben der neuen Legislative erstrecken sich auf die Stärkung der amerikanischen Militärkraft, auf die Fortführung der Rüstungshilfe sowie auf die Entwicklung eines Zivilverteidigungsprogramms in Amerika.

Die Planungs- und Einschränkungsmaßnahmen wurden in den letzten Tagen weiter verschärft; der Verkauf und Verbrauch von Kobalt wird scharf kontrolliert, Kupfer darf für die zivile Produktion ab 1. März fast nicht mehr verwendet werden; eine Gruppe amerikanischer Wirtschaftssachverständiger forderte, die USA, Großbritannien, Westeuropa und Japan sollten für den Kriegsfall Geleidereserven anlegen.



Die militärische Lage in Korea

## Das Wagnis

Von Walter Lippmann (USA)

Über drei Monate sind vergangen, seit Außenminister Acheson auf der New Yorker Außenministerkonferenz für Deutschlands Wiederaufrüstung plädierte und damit ein Problem anschnitt, das in ganz Europa als entscheidend für Krieg und Frieden angesehen wird.

Zu jenem Zeitpunkt hatte sich Acheson mit den Franzosen darüber nicht einmal beraten, geschweige denn verständigt. Auch wußte er nicht, wie die Deutschen reagieren würden.

Die bisherigen Ergebnisse: In der Deutschlandfrage kam es

1. zu einem scharfen und langen theoretischen Disput zwischen Frankreich und den USA;

2. zu einem theoretischen Übereinkommen zwischen USA und Frankreich, an das keine der beiden Regierungen glaubt;

3. und deutscherseits zu einer Ablehnung jenes theoretischen Übereinkommens.

Die sowjetische Diplomatie jedoch erhielt alle Chancen, die sie sich überhaupt nur wünschen konnte. Amerika hatte seinen Entschluß zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands bekanntgegeben, bevor es einen gebilligten Plan und die dazu nötigen Waffen zur Hand hatte. Durch diese verfrühte Bekanntgabe wurde erreicht, daß Rußlands Satelliten aufmerksam wurden, die Deutschen erschrecken und die Franzosen sich stritten. Da aus der ganzen Angelegenheit zuerst einmal nichts weiter herauskommen konnte als ein Streit im Westen, hatte die Sowjetregierung genügend Zeit, die günstige psychologische Situation auszunutzen. Im Kreml sitzen außerordentlich fähige Diplomaten, und sie stimmten ihre Propaganda, ihre Diplomatie und die militärische Weltlage sorgfältig aufeinander ab.

Etwa Mitte Oktober, als sie wußten, daß die Chinesen in Korea eingreifen und damit die amerikanische Armee im Fernen Osten gebunden sein würde, erklärten sie warnehmend, sie würden eine deutsche Wiederbewaffnung „nicht dulden“. Dieser Warnung ließen sie die Prager Vorschläge folgen, die, ob wir es glauben wollen oder nicht, es noch unwahrscheinlicher machen werden, daß sich die Deutschen einmütig hinter irgendeinen der militärischen Vorschläge stellen werden, die ihnen Amerika bisher gemacht hat oder die es ihnen in absehbarer Zukunft machen könnte.

Obwohl Amerika einen diplomatischen Rückschlag erlitten hat, braucht man die Lage in Europa nicht als hoffnungslos anzusehen. Die im letzten Sommer so hastig getroffene große Entscheidung war ein Fehlschlag. Ob sich daraus eine gewaltige politische Niederlage Amerikas, wenn nicht sogar die absolute Katastrophe eines totalen Krieges ergibt, wird — soweit der Lauf der Dinge noch beeinflusst werden kann — von einer Ueberprüfung und Revision der amerikanischen Deutschlandpolitik abhängen.

Dabei wird sich als erstes zeigen, daß der Versuch, Deutschland zu einem militärischen Alliierten zu machen, bevor man mit ihm Frieden geschlossen hatte, absurd war. Oder noch konkreter: wie konnte man glauben, die französische und die deutsche Infanterie könnten „integriert“ werden oder loyal Seite an Seite kämpfen, bevor Frankreich und Deutschland ihren traditionellen Streit beendet hatten und in legaler wie in tatsächlicher Beziehung Partner in Europa geworden waren?

Wäre man sich über diese elementare Wahrheit klar geworden, hätte man die Frage einer deutschen Wiederbewaffnung nicht angeschnitten, bevor der Schuman-Plan Wirklichkeit geworden ist. Dann aber wäre die Frage kontinentaler Armeen zur Verteidigung des Kontinents als ein in erster Linie französisch-deutsches Problem erkannt worden.

Jeder Versuch, eine Lösung der Dinge auf diese Art herbeizuführen, kostet natürlich Zeit. Aber jede echte Wiederaufrüstung Kontinentaleuropas wird ebenfalls Zeit kosten. Kann eine entwaffnete Nation, hinter der praktisch ebenfalls entwaffnete Nationen stehen, sich wieder bewaffnen in offener Herausforderung und in unmittelbarer Nachbarschaft der stärksten Landmacht der Erde?

Falls ja, dann nur, weil die abschreckende Macht der Vereinigten Staaten als Deutschlands Verteidigung wirkt. Das aber heißt: die Eibeline wird innerhalb der Vereinigten Staaten verteidigt!

Eine Verstärkung der Schlagkraft der Vereinigten Staaten und derjenigen ihrer Alliierten, die außerhalb der Reichweite der russischen Infanterie liegen, wirkt — falls diese Schlagkraft durch eine kluge Diplomatie kontrolliert wird — abschreckend. Aber einige deutsche Infanterietruppen, die in herausfordernder Weise und ohne Rücksicht auf die politischen Realitäten in Europa aufgestellt würden, würden provokativ wirken.

Es wäre daher klug, wenn man ins Auge faßt, daß bei der Wiederbewaffnung der Deutschen — lange bevor sie wieder eine wirksame Militärmacht darstellen — ein Punkt erreicht werden könnte, an dem die in Deutschland wirkende Herausforderung die abschreckende Macht der Vereinigten Staaten übersteigt.













